

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/04/2024

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 27.05.2024,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8

Beginn öffentlicher Teil 19:30 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung 20:56 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Benjamin Stukenberg

Stadtverordnete/r

Herr Thomas Bellizzi

Frau Marie-Luise Bernhardt

Herr Burkhard Bertram

Herr Dr. Bernd Buchholz

Frau Elke Dullweber

Frau Ursula Ebert

Herr Peter Egan

Herr Uwe Gaumann

Herr Stefan Gertz

ab Top 3

Herr Felix Gläveke

Frau Inga Jensen-Buchholz

Frau Michaela Knaack

Herr Marten Koop

Herr Dr. Wulf-Dietrich Köpke

Herr Arthur Klaus Korte

Herr Markus Kubczigk

Herr Stephan Lamprecht

Herr Detlef Levenhagen

Frau Nadine Levenhagen

Herr Béla Randschau

Herr Wolfgang Schäfer

Frau Karen Schmick

Herr Christian Schmidt

Herr Tim Schoon

Herr Christian Schubbert-von Hobe

Herr Wolfdietrich Siller

Herr Dr. Detlef Steuer

Herr Lasse Thieme

Frau Sophie von Hülsen

Bürgerliche Mitglieder

Herr Rolf Griesenberg
Frau Susanne Lohmann

BM
BM

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Jule Niehus
Herr Jannik Svenson
Frau Anne-Marie van Oosterum-Arnu

Kinder- und Jugendbeirat
Kinder- und Jugendbeirat
Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Eckart Boege
Herr Marcel Grindel
Frau Tanja Eicher
Herr Peter Kania
Herr Fabian Dorow
Frau Peggy Ehrig

Bürgermeister
FDL I
FDL III
FDL IV
Stabstelle
Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Frau Ulrike Kraus

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/03/2024 vom 25.03.2024
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Antworten auf die Einwendungen im Planfeststellungsverfahren, Abschnitt 2 - Resolution der Stadtverordnetenversammlung vom 27.11.2017
 - 6.2.2. Finanzbericht
7. Ehrung von Stadtverordneten
8. Antrag der WAB-Fraktion zur Umbesetzung im Sozialausschuss **AN/028/2024**
9. Zustimmung zur Wahl des Gemeindeführers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg **2024/027**
10. Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Ortswehrlührers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensfelde - **2024/029**
11. Zustimmung zur Wahl des Ortswehrlührers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensburg - **2024/028**
12. Förderung der Praxisintegrierten Ausbildung für Erzieher*innen, Sozialpädagogische Assistent*innen und Heilerzieher*innen **2024/032**
13. Bestellung einer/s Vertreters/in für den Hospizverein Ahrensburg e.V. **2024/035**
14. Gemeinsamer Antrag zu Arbeits- und Lenkungsgruppen **AN/029/2024**

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Stukenberg begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, und eröffnet die Sitzung.

Bürgermeister Stukenberg weist darauf hin, dass es in der Hauptsatzung der Stadt Ahrensburg keine Regelungen zu Lichtbild- und Tonaufnahmen gibt und demnach keine Aufnahmen ohne Einverständnis aller Stadtverordneten erlaubt sind.

Eine Zulassung von Bildaufnahmen erfolgt zur heutigen Stadtverordnetenversammlung für die Tagesordnungspunkte 7, 9, 10 und 11. Es ergeben sich hiergegen keine Widersprüche.

Bürgermeister Stukenberg gratuliert den Jubilaren.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Stukenberg stellt die Beschlussfähigkeit mit zunächst 29 Stadtverordneten fest. Eine Stadtverordnete fehlt entschuldigt.

Stadtverordneter Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN erscheint verspätet um 19:39 Uhr. Ab diesem Zeitpunkt (Top 3) sind 30 Stadtverordnete anwesend.

3. Einwohnerfragestunde

Bürgermeister Stukenberg eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Eine Anwohnerin der Stormarnstraße merkt an, dass im dortigen Gebiet zurzeit ein großes Problem mit Ratten vorherrscht. Sie selbst habe bereits 11 Ratten gefangen und sich mit der Stadtverwaltung in Verbindung gesetzt. Daraufhin hat sie von der Schädlingsbekämpfungsfirma Peth 3 Pakete mit Rattenbekämpfungsmittel erhalten. Diese seien inzwischen aufgebraucht und die Anwohnerin erbittet weitere Unterstützung in dieser Angelegenheit.

Anmerkung der Verwaltung:

Gemäß der Kreisverordnung über die Bekämpfung von Ratten im Kreis Stormarn ist jeder Grundbesitzer selbst zur Rattenbekämpfung verpflichtet. Auf öffentlichen Grundstücken sorgt die Stadtverwaltung dafür.

In Einzelfällen wie hier unterstützt eine von der Stadt beauftragte Schädlingsbekämpfungsfirma Grundbesitzer bei der Rattenbekämpfung. Diese Unterstützung wird die Anwohnerin weiterhin erhalten. Einen Rechtsanspruch darauf gibt es jedoch nicht.

Die Anwohnerin bemängelt außerdem, dass die Flutlichtanlage auf dem Stormarnplatz des Öfteren nachts durchgehend brennt. Sie übergibt der Protokollführerin eine Auflistung der Daten, welche zur weiteren Veranlassung innerhalb der Verwaltung an Frau Klein (III.1.2) sowie Herrn Bolduan (IV.4.21) weitergereicht wurde.

Bürgermeister Boege bedankt sich für den Hinweis, dem man nachgehen wird.

Herr Michael Kukulenz möchte die heutige Einwohnerfragestunde dazu nutzen, eben diese in den Fokus zu rücken damit Bürger*innen diese mehr nutzen. Er möchte ausführen, was in einer Einwohnerfragestunde erlaubt ist und was nicht.

Bürgermeister Stukenberg merkt direkt an, dass die Einwohnerfragestunde für Fragen und Anmerkungen/Vorschläge von Bürger*innen vorgehalten wird. Er führt auf Nachfrage weiterhin aus, dass die dafür vorgesehenen 30 Minuten für die gesamte Einwohnerfragestunde gelten und nicht pro einzelner Wortmeldung.

Herr Kukulenz schildert den Fall einer Bürgerin (von dieser unaufgefordert – sie habe ihm einfach nur davon erzählt). Diese Frau habe ihr Auto geparkt und der Parkscheinautomat hat das Geld nicht angenommen. Daraufhin sei sie zurück zum Auto gegangen und habe eine Parkscheibe inkl. Erklärung ausgelegt. Dennoch habe sie ein Parkticket erhalten. Dieses Parkticket gehe nun noch weiter und auch dem Bürgermeister Stukenberg sei dieser Fall bekannt. Herr Kukulenz versteht dieses Verhalten der Verwaltung nicht. Die Person, die das Parkticket ausgestellt hat, hätte seiner meiner Meinung nach das Kennzeichnen notieren und im Nachgang Kontakt aufnehmen sollen z.B. per Telefonat um die Situation zu klären.

Er fragt, wie oft es passiert, dass Bürger*innen so dreist sind und versuchen,

mit solchen Bemerkungen um die Parkgebühren herumzukommen. Er denkt, dass das nicht viele sind. Er mahnt an, dass man im Rahmen dessen, dass so viele darüber klagen, dass sie mit Arbeit überlastet sind und Stellen nicht besetzt sind, dann so etwas derart ausweitet wird.

Herr Kukulenz führt aus, dass er Einwendungen im PFA2 gemacht habe und er seine Antworten jetzt von der Deutschen Bahn erhalten habe. Er erklärt, dass er 3 Tage im PFA-Anhörungsverfahren saß und es nicht fassen kann, was er dort von der Deutschen Bahn erlebt hat. Er weist auf eine Plusminus-Sendung vom 22. Mai 2024 hin wo ab Minute 10.07 ein Bericht über die Deutsche Bahn gezeigt wurde. Hierbei wurde etwas über den Güterverkehr gesagt, wie er in anderen Ländern z.B. Österreich oder Italien abläuft. Wenn er dann hört, was dort gesagt wird, wie es in Deutschland abläuft, dann fragt er sich, wie scheinheilig diese Politiker sind. Bei dem was dort gesagt wurde und wenn dies richtig ist, dann fragt er sich wie man dann immer noch behaupten kann, dass wir hier in Deutschland aus ökologischen Gründen alles dafür tun, um den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Dies empfindet Herr Kukulenz als scheinheilig.

Herr Birkenfeld thematisiert den Bürgerentscheid von vor knapp 2 Jahren hinsichtlich der Parkplätze. Er fragt, wie es jetzt demnächst mit dem Projekt „Neuplanung der Hamburger Straße“ weitergeht und ob es hierzu schon Vorstellungen gibt. Er fragt weiterhin, wie man generell mit dem Thema Parkplätze umgeht nach dem Ablauf der 2 Jahre - was im September der Fall sein wird.

Bürgermeister Boege antwortet, dass der Bürgerentscheid selbst nicht ausläuft, sondern lediglich die Bindungsfrist. Der Bürgerentscheid selbst hat die Gültigkeit wie ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung. Wenn man daran etwas ändern wollte, müsste es einen entsprechenden politischen Beschluss geben. Er, als Bürgermeister, wird einen entsprechenden Beschluss in absehbarer Zeit nicht einbringen, weil man die Voraussetzungen, die im Bürgerentscheid beschlossen wurden, momentan nicht erfüllen kann. Es steht der Politik frei einen entsprechenden Beschlussantrag einzubringen, aber solange es einen solchen nicht gibt - und keine Mehrheit dafür - gilt der Beschluss des Bürgerentscheids weiter.

Ganzheitlich merkt er weiterhin an, dass der Fachdienst Tiefbau momentan nicht gut aufgestellt und drastisch unterbesetzt ist. Dies wird sich hoffentlich – zumindest in Teilen- demnächst ändern. Momentan ständen jedoch nicht die personellen Kapazitäten zur Verfügung um das Projekt „Neuplanung Hamburger Straße“ voranzutreiben. Die Thematik der Parkplätze bleibt momentan ungelöst. Dazu wurde im letzten Jahr ein Diskussionsbeitrag zur Anregung im Bau- und Planungsausschuss eingebracht. Darauf habe man bisher jedoch auch keine eindeutige Rückmeldung erhalten, insofern ruht die Situation zunächst.

Herr Birkenfeld empfindet diese Antwort als nicht zufriedenstellend, insbesondere angesichts des Zustandes der Hamburger Straße.

Herr Jürgen Griebel, in seiner Funktion als Vorstand vom ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad Club), bezieht sich auf den heutigen Top 14 (AN/029/2024). Er fragt, wie zukünftig der Dialog mit dem ADFC weitergeführt werden soll, wenn die Arbeitsgemeinschaften (AGs) aufgelöst werden. Er

merkt an, dass der ADFC das Ohr für die Bürger*innen sei, die z.B. Probleme mit Radwegen, widersprüchlichen Ausschilderungen, Bordsteinkanten etc. haben. Bis 2019 habe man sich 3-4 Mal jährlich getroffen um zu besprechen, wo es Probleme gibt und wo man Lösungen ansetzen kann. In der Vergangenheit hat diese AG sehr erfolgreich gearbeitet und hat auch durchsetzen können, dass die Benutzungspflicht bei den meisten Radwegen aufgehoben wurde, weil dies auch eine gesetzliche Vorgabe war. Zudem habe man es geschafft die Velorouten einzuführen. Dies waren die Ergebnisse der AG und er denkt, dass auch die anderen AGs, die heute per Beschluss aufgehoben werden sollen, im Grunde immer als Sprachrohr und Vermittlung zwischen Bürger*innen, Politik und Verwaltung fungierten.

Bürgervorsteher Stukenberg erläutert, dass seinerzeit beschlossen wurde diese AGs einzurichten, diese jedoch über keine eigene satzungsgemäße Grundlage verfügen. Das heißt, alle Schlüsse und Diskussionen haben dann erneut in den jeweiligen Fachausschüssen stattfinden und dort beschlossen werden müssen. Im Ausschuss besteht auch die Möglichkeit (genau wie in der Stadtverordnetenversammlung), dass einzelne Bürger*innen als sachkundige Bürger*innen zu Tagesordnungspunkten zugelassen werden. Dies ist die formell richtige Möglichkeit zur Beteiligung von Bürger*innen im Ausschuss.

Herr Griebel entgegnet, dass die AGs letztlich fruchtbarer waren und er in der Zukunft diesbezüglich ein deutliches Defizit sieht.

Es werden keine weiteren Fragen und Anregungen von Einwohnern gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Die Stadtverordneten stimmen der Beratung der Tagesordnungspunkte 15 und 16 (Grundstücksangelegenheiten) in nicht öffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadtverordneten gem. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

30	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Bürgermeister Boege beantragt die nicht öffentlichen Tagesordnungspunkte 15 und 16 (Grundstücksangelegenheiten) nur zu beraten und nicht zu beschließen. Er begründet, dass es hier weiterhin Beratungsbedarf gibt und zudem im Juni kein Finanzausschuss stattfinden wird. Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag zu.

Abstimmungsergebnis:

30	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Die Stadtverordneten stimmen anschließend der mit Einladung vom 13.05.2024 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

30	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/03/2024 vom 25.03.2024

Einwände gegen die Niederschrift STV/03/2024 vom 25.03.204 bestehen nicht.

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Antworten auf die Einwendungen im Planfeststellungsverfahren, Abschnitt 2 - Resolution der Stadtverordnetenversammlung vom 27.11.2017

Bürgermeister Boege erläutert, dass die Stadt nicht auf die Antworten der Deutschen Bahn (DB) eingehen wird, weil die Stadt auch nicht Empfänger und Adressat der Antworten ist. Man habe es heute in diesem Fall, der Vollständigkeit halber, unter Berichte mit aufgenommen. Insbesondere, weil auch hier von den Fraktionen unterstützt wurde, was letztlich die Ahrensburger Parteien an Einwendungen eingebracht haben. Zur Dokumentation wurde es unter Berichte mit aufgenommen und auch die Antworten der DB in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Bürgervorsteher Stukenberg erteilt dem Stadtverordneten Dr. Köpke von der WAB-Fraktion hierzu das Wort.

Stadtverordneter Dr. Köpke von der WAB-Fraktion erzählt, dass er in Hamburg an der Erörterungsveranstaltung der Deutschen Bahn teilgenommen hat. Diese fand vom 23.-25.04.2024 statt. Er führt aus, dass die gesamte Organisationsleitung sehr schlecht war und es sich daher sehr lang hingezogen habe. Am dritten Tag habe ebenfalls Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion an der Erörterungsveranstaltung teilgenommen.

Stadtverordneter Dr. Köpke war dort bezüglich der Punkte, die die Fraktionen vertreten und um den Ablauf der Erörterungsveranstaltung kennenzulernen. Die DB war mit 20 Personen vertreten und ca. 50 weitere Personen, davon überwiegend Anwohner sowie Träger öffentlicher Belange, z.B. Bezirksamt Wandsbek, Umweltbehörde und Umspannwerk.

Er fand es interessant, dass der DB von den Rechtsanwälten, die die Anwohner*innen vertreten, vorgeworfen wurde, dass diese nicht angehört worden sind und, dass die DB mit völlig veralteten Unterlagen geplant habe. Es gab Beschwerden von Personen, dass diese monatelang versuchten mit der DB in Kontakt zu kommen und nicht gehört wurden.

Die Träger öffentlicher Belange wurden gehört, aber diese beschwerten sich, dass sie zwar Gespräche mit der DB hatten, aber diese nicht zu Ende geführt

wurden. In Summe habe die DB einen inkompetenten Eindruck hinterlassen.

Die DB sagte, sie mache 2027 die Strecke für ein halbes Jahr zu. Stadtverordneter Dr. Köpke hat daraufhin die DB gefragt, wie sie es macht mit dem Schienenersatzverkehr, weil dieser ja jetzt schon nicht funktioniert. Diese Frage wurde seitens der DB nicht beantwortet.

Stadtverordneter Dr. Köpke hat auch Kontakt nach Lübeck zur Industrie- und Handelskammer (IHK) und weiß, dass diese verzweifelt darum kämpft, dass die Strecke nicht geschlossen wird.

Die DB antwortete, dass dies völlig falsch sei und die Strecke über Büchen jetzt ertüchtigt würde und man im Gespräch mit allen Zuständigen sei. Der Kontakt von Stadtverordnetem Dr. Köpke, entgegnete daraufhin, dass dies eine Lüge sei.

Weiterhin fragte Dr. Köpke den Fachmann, welcher die Erschütterungsgutachten gemacht hat, warum dieser in seinen Gutachten die Tiere nicht berücksichtigt hat. Dieser entgegnete, dass die Berücksichtigung von Tieren im Erschütterungsgutachten gesetzlich nicht vorgeschrieben sei. Stadtverordneter Dr. Köpke wies daraufhin, dass man sich hier in einem Naturschutzgebiet befindet und somit auch die Auswirkungen auf die Tiere zu berücksichtigen sind. Dem Fachmann war offenbar nicht klar, dass er im Naturschutzgebiet arbeitet.

Später kam die DB auf die Einwände der Fraktionen zu sprechen. Die schriftlichen Antworten der DB waren teilweise nicht verständlich. Zum Beispiel habe man mit sehr guter Begründung bezweifelt, dass die Gutachter, die die Umweltverträglichkeitsprüfung machen qualifiziert sind.

Die Antwort der DB war, dass diese dies schließlich studiert haben und demnach auch gut sind. Diese Antwort empfand Stadtverordneter Dr. Köpke als sehr problematisch. Das Misstrauen gegenüber der DB wuchs.

Der entscheidendste Punkt für Stadtverordneten Dr. Köpke war, wie man mit der Umwelt umgeht und welchen Einfluss die Baumaßnahmen auf das Naturschutzgebiet haben.

Er merkt an, dass es sich hier um ein Molchschutzgebiet handelt und der Molch die Leitfigur ist. Wenn ein Gutachter sagt, dass Molche träge Tiere sind, die sich nur 100 Meter um ihr Leich-Gewässer bewegen und die neueren Ergebnisse wissen, dass sie sich bis zu 1600 Meter bewegen, bedeutet dies automatisch ganz andere Schutzmaßnahmen.

Das hieße, wenn die DB so weiterbaut, dann macht sie dort richtig viel kaputt.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion ergänzt die Ausführungen von Stadtverordnetem Dr. Köpke. Er erläutert, dass insbesondere am letzten Tag der Erörterungsveranstaltung die Themen der Ahrensburger Fraktionen behandelt wurden, welche als Einwendungen eingereicht wurden. Er hatte das Gefühl, dass seitens der DB ein Interesse daran bestand gewisse Themen nach hinten zu verschieben.

Selbst Fragestellungen die Baugrunduntersuchungen betrafen wurden als Umweltthemen angesehen, damit sie möglichst weit hinten in der Tagesordnung auftauchen.

Er führt weiter aus, dass ein besonders interessanter Punkt war, dass bereits in den Eiwendungen deutlich gemacht wurde, dass z.B. ganz unterschiedliche Zugzahlen zu Grunde gelegt werden. Das waren mal 352 Züge an zwei Stellen, mal 389 Züge oder auch mal 387 Züge. Auf Nachfrage hierzu - mit entsprechenden Zitaten - wurde geantwortet, dass es 387 Züge am Tag sind. Laut Stadtverordnetem Randschau ist das Problem an diesem 387 Zügen / Tag, dass dies schon rein rechnerisch bedeutet, dass alle 3,7 Minuten ein Zug durch das Naturschutzgebiet durchfährt. Hierzu sagt die DB in ihren Umweltschutzgutachten, dass dies nur punktuelle Ruhestörungen seien. Diese punktuellen Ruhestörungen würden die Tiere nicht stören und daher müsse man sich über den Wachtelkönig keine Gedanken machen. Stadtverordneter Randschau geht ins Detail und merkt an, dass wenn etwa alle 3,7 Minuten ca. 1-2 Minuten lang ein Zug durchfährt man sich dann schon die Frage stellen sollte, ob dies wirklich nur punktuelle Lärmbelästigungen sind. Hierzu sei die DB eine entsprechende Antwort schuldig geblieben.

Er merkt an, dass dies generell ein ganz interessanter Punkt am dritten Tag der Erörterungsveranstaltung war, dass man den Eindruck gewonnen hat, dass die DB nicht gut vorbereitet war auf die Fragestellungen. Dies sei insofern verwunderlich, weil diese Fragen der DB seit Monaten vorlagen.

Ein anderer Punkt den Stadtverordneter Randschau angesprochen hat war, dass im Bereich der unmittelbaren Bahntrasse großflächige Flächenabtragungen vorgesehen sind bei denen 2 Meter Moorboden abgetragen werden soll um dort entsprechende Baumaßnahmen zu tätigen. In den Unterlagen der DB stehe, dass dies hinterher renaturiert und in den Originalzustand zurückversetzt werden soll. Es wurde gefragt, wie dies funktioniert.

Hierzu war die Antwort der DB, dass diese den Boden gar nicht abtragen will. Hieraufhin wurden die Unterlagen der DB zitiert in denen die Abtragung vorgesehen ist. Dies sei der DB merklich peinlich gewesen.

Hinsichtlich der Gutachter hat die DB in ihren Unterlagen häufig erwähnt, dass Experten befragt wurden und argumentierte, dass wenn man die Experten fragt, die Antwort auch richtig sein muss. Selbst dann, obwohl durch die Stadtverordneten nach einfacher Internetrecherche der nachweisbare Vorwurf erhoben wird, dass hier nicht der aktuelle Forschungsstand beachtet wird. Die Antwort der DB darauf ist, dass man Experten gefragt habe und dies deshalb so richtig sei. Diese Antwort findet Stadtverordneter Randschau sehr interessant auf eine derartige Kritik.

Bei den Baugrunduntersuchungen stellte sich auch die Frage, wie unabhängig diese eigentlich gemacht wurden. Die DB spricht von unabhängigen Sachverständigen, aber nach kleiner Nachforschung stellt man fest, dass die „unabhängigen Sachverständigen“ in Hannover sitzen und für die DB arbeiten. Somit stellt sich auch hier ein bisschen die Frage in wie fern die Angaben korrekt sind, welche in den Unterlagen gemacht wurden.

Der letzte Punkt, welcher von Stadtverordnetem Randschau noch zur

Sprache gebracht werden konnte, war das eigene Gutachten von Herrn Rainer Pingel, welches man in Auftrag gegeben hatte. Insbesondere die hydrogeologischen Gegebenheiten entlang der Trasse wurden hierbei untersucht. Er habe aus dem Gutachten zitiert und deutlich gemacht, dass gerade im Bereich von sumpfigen Böden des Moores erhebliche ökologische Gefahren durch ein Absacken des Untergrundes bis zum Grundbruch drohen. Dies würde bedeuten, dass langsam aber sicher das Wasser aus dem Moor laufen würde. Es stellt somit eine erhebliche Gefahr für das Moor dar sowie auch für den benachbarten Bahndamm und alle in dessen Umfeld geplanten Baumaßnahmen.

Die Antwort der DB darauf blieb aus. Auch auf Nachfrage gab es hierzu keine Antwort seitens der DB.

Stadtverordneter Randschau glaubt, dass es vielen so geht, dass sie mit den Antworten, auch den schriftlichen Antworten, der DB nicht zufrieden sind. Er betont, dass es darum geht dieses S4-Projekt zu verbessern und man ausdrücklich nicht auf die Total-Barrikaden gegangen ist. Stattdessen hat man die ganz konkreten Probleme benannt, welche gelöst werden müssen, weil das Projekt ansonsten scheitert.

Man habe in aller Deutlichkeit nochmal klargemacht, dass man seitens der Fraktionen jetzt seine Schuldigkeit getan hat und die DB darauf hingewiesen hat wo die Probleme sind. Nun ist „der Ball im Feld der DB“ und diese kann nicht mehr behaupten, dass die Probleme nicht bekannt sind. Die DB muss sich jetzt dieser Probleme annehmen und Lösungen finden.

Bürgervorsteher Stukenberg bedankt sich für den Vortrag und gibt den Hinweis, dass die Antworten von der DB im Bürgerinformationssystem zu finden sind.

Bürgermeister Boege gibt den Hinweis, dass im nächsten Bau- und Planungsausschuss das Thema Einwendungen PFA3 behandelt wird.

6.2.2. Finanzbericht

Bürgermeister Boege verliest den Finanzbericht. Der Finanzbericht Nr. 08/2024 ist als **Anlage** beigelegt.

7. Ehrung von Stadtverordneten

Bürgermeister Stukenberg ehrt im Namen der Anwesenden den Stadtverordneten Wolfdietrich Siller von der CDU-Fraktion für seine 10-jährige Tätigkeit in der Stadtverordnetenversammlung und bedankt sich für sein ehrenamtliches, kommunalpolitisches Engagement.

Es erfolgt die Geschenk- und Urkundenübergabe durch Bürgermeister Stukenberg und Bürgermeister Boege an den Stadtverordneten Siller.

Bürgermeister Stukenberg ehrt im Namen der Anwesenden den Stadtverordneten Rolf Griesenberg von der SPD-Fraktion für seine 50-jährige Tätigkeit in der Stadtverordnetenversammlung und bedankt sich für sein ehrenamtliches, kommunalpolitisches Engagement.

Es erfolgt die Blumen- und Urkundenübergabe durch Bürgermeister Stukenberg und Bürgermeister Boege an den Stadtverordneten Siller.

Bürgermeister Stukenberg kündigt an, dass am **Donnerstag, den 13.06.2024 um 14:00 Uhr** die Ehrungen mit Baumpflanzungen zu Ehren von Herrn Matthias Stern und Herrn Rolf Griesenberg stattfinden und lädt alle Anwesenden hierzu herzlich ein.

AN/028/2024

8. Antrag der WAB-Fraktion zur Umbesetzung im Sozialausschuss

Die Stadtverordneten verzichten einvernehmlich auf einen Sachvortrag. Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Antrag und stellt diesen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

30	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

2024/027

9. **Zustimmung zur Wahl des Gemeindeführers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg**

Bürgermeister Stukenberg dankt den Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr für deren Erscheinen.

Stadtverordneter Levenhagen von der CDU-Fraktion hält einen Sachvortrag und erklärt, dass er Herrn Stephani bereits lange kennt und in ihm eine hervorragende Besetzung für die Position des Gemeindeführers sieht.

Er ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Wahl des Herrn Florian Stephani zum Gemeindeführer der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg wird zugestimmt.

Herr Stephani ist für die Dauer von sechs Jahren zum Ehrenbeamten zu ernennen.

Abstimmungsergebnis:

30	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Bürgermeister Boege erklärt, dass er bevor er einen neuen Gemeindeführer ernennen kann, er den alten Gemeindeführer entlassen muss. Die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter ist bereits am Freitag, mit Ablauf des 26.05.2024, erfolgt. Herr Niels Pirck kann heute nicht anwesend sein. Bürgermeister Boege spricht dem alten Wehrführer seinen herzlichen Dank aus.

Bürgermeister Boege bittet Herrn Stephani nach vorne.

Er bedankt sich bei Herrn Stephani für dessen Führungsqualität und Bereitschaft zur Übernahme der Wehrführung und die damit verbundene, große Verantwortung.

Bürgermeister Boege ernennt Herrn Stephani zum Ehrenbeamten. Bürgermeister Boege spricht den Amtseid vor, welchen Herr Stephani wiederholt und übergibt ihm die Ernennungsurkunde.

Bürgermeister Stukenberg gratuliert Herrn Stephani und übergibt einen Blumenstrauß.

Herr Stephani bedankt sich bei allen Anwesenden für deren Vertrauen sowie die Zustimmung und Anerkennung. Er betont die gute Zusammenarbeit in der letzten Zeit und stellt sich gerne den kommenden Herausforderungen.

2024/029

10. Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensfelde -

Stadtverordneter Levenhagen von der CDU-Fraktion hält einen Sachvortrag und führt aus, dass Herr Langbehn die nötige Erfahrung habe und der richtige für diese Position des stellv. Ortswehrführers – Ortswehr Ahrensfelde - sei.

Er ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Wahl des Herrn Jan Langbehn zum stellvertretenden Ortswehrführer der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensfelde - wird zugestimmt.

Herr Langbehn ist für die Dauer von sechs Jahren zum Ehrenbeamten zu ernennen.

Abstimmungsergebnis:

30	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Bürgermeister Boege möchte zunächst den derzeitigen stellv. Ortswehrführer Herrn Peter Körner aus dem Dienst entlassen. Er spricht Herrn Körner seinen herzlichen Dank für 27 Jahre als Ehrenbeamter der Freiwilligen Feuerwehr aus.

Bürgermeister Boege entlässt Herrn Körner mit Ablauf des 27.05.2024 aus dem Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter.

Herr Körner bedankt sich für die ihm entgegengebrachte Unterstützung und merkt an, dass er der Freiwilligen Feuerwehr auch weiterhin - in der Reserveabteilung - zur Verfügung steht.

Bürgermeister Boege bittet Herrn Langbahn nach vorne und spricht ihm seinen Dank aus.

Er ernennt Herrn Langbehn zum Ehrenbeamten. Bürgermeister Boege spricht den Amtseid vor, welchen Herr Langbahn wiederholt und übergibt ihm die Ernennungsurkunde.

Bürgervorsteher Stukenberg gratuliert Herrn Langbehn und übergibt einen Blumenstrauß.

2024/028

11. Zustimmung zur Wahl des Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensburg -

Stadtverordneter Levenhagen von der CDU-Fraktion hält einen Sachvortrag und führt aus, dass Herr Jan Haarländer bereits seit 1994 der Freiwilligen Feuerwehr angehört und diese Besetzung absolut gerechtfertigt sei. Er merkt persönlich an, dass er sehr glücklich darüber ist, dass die Stadt eine derart leistungsstarke Feuerwehr hat.

Er ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Wahl des Herrn Jan Haarländer zum Ortswehrführer der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensburg - wird zugestimmt.

Nach Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung ist Herr Haarländer für die Dauer von sechs Jahren zum Ehrenbeamten zu ernennen.

Abstimmungsergebnis:

30	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Herr Haarländer konnte zur Sitzung leider nicht persönlich anwesend sein und wird von Herrn Stephani entschuldigt.

Die Ernennung von Herrn Haarländer durch Bürgermeister Boege wird zu einem späteren Zeitpunkt stattfindet.

Bürgervorsteher Stukenberg dankt der gesamten Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg und deren Einsatz und Engagement im Namen der Stadt.

12. Förderung der Praxisintegrierten Ausbildung für Erzieher*innen, Sozialpädagogische Assistent*innen und Heilerzieher*innen

Stadtverordnete Bernhardt von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hält einen Sachvortrag und führt das, dass es in den Kitas einen massiven Fachkräftemangel gibt, wodurch immer wieder Betreuungszeiten ausfallen oder diese nicht sichergestellt werden können. Eine wesentliche Maßnahme um die Akquise und auch die Bindung von Fachkräften zu unterstützen ist die Förderung der praxisintegrierten Ausbildung. Daher gab es im Sozialausschuss einen Beschluss vom 14.03.23, dass man die Finanzierung von 12 Sozialpädagogischen Assistenten/innen, 12 Erzieher/innen sowie 2 Heilerzieher/innen – bis maximal zum 31.12.2024 - fördert. Die Personalsituation in den Kindertagesstätten ist seither nicht besser geworden und man beabsichtigt, dass Programm der PiA-Finanzierung bis zum 31.07.2028 fortzuführen.

Diese PIA-Finanzierung erfolgt für jeweils 1 SPA sowie 1 Erzieher/in pro Kita sowie insgesamt - über die Träger hinweg - 2 Heilerzieher/innen. Die Finanzierung für die Erzieher/innen erfolgt für 1 Jahr und die Finanzierung der Sozialpädagogischen Assistenten/innen für 2 Jahre. Voraussetzung hierfür sind die Finanzierungen des Kreises sowie des Landes. Unter Umständen fallen dadurch die zunächst veranschlagten Kosten noch geringer aus. Dies erklärt sich darin, dass die Landesmittel für Erzieher/innen pro Ausbildungsplatz erhöht wurden. Eine zusätzliche Förderung durch den Kreis pro Ausbildungsplatz steht in Aussicht. Der Sozialausschuss hat der Vorlage einstimmig zugestimmt.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion findet diese Vorlage vollkommen richtig und wichtig und der Fachkräftemangel sei zu Genüge durchdiskutiert worden. Er erläutert, dass die Stadt Ahrensburg sich hier nicht allein auf die Finanzierung konzentriert, sondern das Land mit in die Pflicht nimmt. Das Land sei dafür verantwortlich für neue Fachkräfte zu sorgen. Er erläutert, dass der Kreis Stormarn bereits zum zweiten Mal seinen Beschluss (zuletzt im November) gefasst und eine entsprechende Richtlinie veröffentlicht hat.

Das Land hingegen hat in dieser Angelegenheit bisher noch keinen Beschluss gefasst und einen solchen lediglich angekündigt. Es liegt bisher noch keine Richtlinie vor wonach zu erkennen ist, ob es eine Finanzierung in der alten Form und in welcher Höhe diese ggf. erfolgen wird.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Die Träger der Kindertagesstätten erhalten einen Zuschuss zur Praxisintegrierten Ausbildung für Erzieher*innen (PiA-Erzieher*in) für

- das 1. Ausbildungsjahr sowie für die Praxisintegrierte Ausbildung für Sozialpädagogische Assistent*innen (PiA-SPA) für das erste und zweite Ausbildungsjahr in ihren Ahrensburger Kindertageseinrichtungen. Voraussetzung hierfür ist die anteilige Förderung durch das Land Schleswig-Holstein und/oder durch den Kreis Stormarn. Der kommunale Zuschuss beläuft sich auf das verbleibende Finanzierungsdefizit (ohne Anleiterstunden). Die Auszubildenden sind im Rahmen des Ausbildungsverhältnisses sozialversicherungspflichtig zu beschäftigen und analog zum TVAöD Besonderer Teil Pflege einzugruppieren (PiA-SPA mit 96,46 % der dort angegebenen Entgelte).
2. Die zwölf Träger der Kinderbetreuung (inkl. Stadt Ahrensburg) erhalten die Möglichkeit, ab dem kommenden Kindergartenjahr (01.08.2024) eine PiA-Erzieher*in-Stelle sowie eine PiA-SPA-Stelle zu besetzen. Zudem erhalten die Träger DRK und Lebenshilfe einen Zuschuss zur Praxisintegrierten Ausbildung für Heilerziehungspfleger für das 1. Ausbildungsjahr unter den gleichen Voraussetzungen wie unter 1. benannt.
 3. Die kommunale Förderung der freien Träger erfolgt für das Ausbildungsjahr 2024/25 sowie für weitere zwei Ausbildungsjahrgänge (Beginn 01.08.2025 und 01.08.2026).
 4. Die Mittel werden bereitgestellt für das Kalenderjahr 2025 in Höhe von 444.400 €, für das Kalenderjahr 2026 in Höhe von 444.400 €, für das Kalenderjahr 2027 in Höhe von 299.500 € und für das Kalenderjahr 2028 in Höhe von 96.800 €.
 5. Die Träger haben die entsprechenden Anträge auf Förderung bis zum 15.05. des jeweiligen Kalenderjahres an die Stadt Ahrensburg, Fachdienst Kindertageseinrichtungen, zu stellen. Außerdem werden die Träger aufgefordert, die Kosten kalenderjährlich abzurechnen.

Abstimmungsergebnis:

30	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

13. Bestellung einer/s Vertreters/in für den Hospizverein Ahrensburg e.V.

Die Stadtverordneten verzichten einvernehmlich auf einen Sachvortrag.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Bestellung von Frau Marie-Luise Bernhardt von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN als Vertreterin für den Hospizverein Ahrensburg e.V. wird gemäß § 25 Gemeindeordnung (GO) in Verbindung mit § 28 Abs. 1 Nr. 20 GO durch die Gemeindevertretung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

30	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

14. **Gemeinsamer Antrag zu Arbeits- und Lenkungsgruppen**

Bürgervorsteher Stukenberg erläutert, dass zu diesem Tagesordnungspunkt zwei Anträge vorliegen. Einen der Fraktionen SPD und FDP (AN/029/2024) zur Abschaffung mehrerer Arbeits- und Lenkungsgruppen sowie einen weitergehenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN (AN/30/2024). Zur Abstimmung wird daher zuerst der weitergehende Antrag gemäß Geschäftsordnung gestellt.

Stadtverordneter Randschau von der Fraktion SPD trägt den gemeinsamen Antrag AN/029/2024 der Fraktionen SPD und FDP vor. Er führt aus, dass in den letzten Jahren eine zunehmende Anzahl von demokratischen Sonderstrukturen in Form von diversen Arbeits- und Lenkungsgruppen sowie Räten geschaffen wurden. Man sei aus ganz unterschiedlichen und individuellen Gründen zu der Überzeugung gekommen, dass es jetzt an der Zeit ist, die dort geleistete Arbeit wieder in die reguläre Arbeit der Ausschüsse zu integrieren. Dies sollte bereits zum Ende des Monats geschehen um noch vor den Sommerferien einen geordneten Übergang in die entsprechenden Ausschüsse sicherzustellen.

Eine Ausnahme habe man dabei gemacht bei der AG Städtepartnerschaften, weil es sich dabei nur dem Namen nach um eine klassische Arbeitsgemeinschaft handelt. Dort erfolgt jedoch eine sehr von der politischen Arbeit abweichende Arbeit. In der AG Städtepartnerschaften geht es darum die Städtepartnerschaften und Austauschprogramme zu Händeln.

Stadtverordneter Randschau erläutert, dass die AG S4 eine weitere Ausnahme darstellt. In der Theorie könnten hier natürlich die gleichen Argumente Anwendung finden. Nach Überzeugung der Antragsteller zwingen hier jedoch die Notwendigkeiten dazu diese AG beizubehalten. Das, was man gemeinsam bei der S4 (z.B. bei den Einwendungen) erarbeitet hat, wäre im regulären Ausschussbetrieb nicht möglich gewesen. Die AG S4 sollte daher bis auf Weiteres fortbestehen zumal mit der Auslegung des Planfeststellungsabschnittes 3 (PFA 3) noch große Herausforderungen auf die Selbstverwaltung zukommen werden.

Stadtverordnete N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellt den Antrag AN/030/2024 vor und führt aus, dass sie als Fraktion die Situation und Begründung ähnlich ansehen wie ihr Vorredner. Die Fraktion sieht es jedoch auch kritisch, dass die AG S4 beibehalten werden soll, weil sie das Thema S4 als stark öffentlich ansehen. Es war gut, dass man diese AG bisher hatte, aber auch im Ausschuss gäbe es ggf. die Möglichkeit Beratungen nicht öffentlich durchzuführen.

Stadtverordnete Levenhagen weist auf einen Fehler im Antrag AN/030/2024 hin. Sie dachte, dass die AG Lärmaktionsplanung gar nicht mehr tagen würde, jedoch habe sie nun erfahren, dass hierfür noch Termine anberaumt sind und bittet den Antrag AN/030/2024 um den Punkt 7 „Lärmaktionsplanung“ zu ergänzen.

Stadtverordnete N. Levenhagen erklärt, dass ihre Fraktion zu der Auffassung

gekommen ist, dass die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, so viel Politik wie möglich mitzubekommen um sich zu informieren und sich rechtzeitig an der Politik zu beteiligen.

Stadtverordneter Randschau von der SPD erläutert, dass beim Antrag AN/029/2024 der gleiche Fehler unterlaufen sei aus den von Stadtverordneter N. Levenhagen vorgenannten Gründen. Er bittet darum den Antrag AN/029/2024 um den Punkt 6 „Lärmaktionsplanung“ zu ergänzen.

Stadtverordneter Siller von der CDU-Fraktion erläutert, dass die Fraktion CDU die Arbeits- und Lenkungsgruppen gerne weiterführen würde. Er beantragt eine Einzelabstimmung für die Abschaffung der Arbeits- und Lenkungsgruppen.

Bürgermeister Boege möchte sich inhaltlich nicht zur Thematik äußern. Die Arbeits- und Lenkungsgruppen wurden ursprünglich auf politischen Beschluss eingeführt und insofern ist es das gute Recht der Selbstverwaltung diese auch wieder aufzulösen.

Er weist daraufhin, dass für den Juni noch zwei Lenkungsgruppen geplant sind und sich die Mitarbeiter/innen entsprechend darauf eingestellt haben. Er beantragt, das Datum zur Auflösung der Arbeits- und Lenkungsgruppen auf den 30.06.2024 zu setzen, damit die bereits geplanten Lenkungsgruppen noch stattfinden können.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion betont, dass er nicht für die Fraktion, sondern nur für sich spricht. Er unterstützt das Vorhaben, die Anzahl der Arbeits- und Lenkungsgruppen stark zu reduzieren. Diese seien insbesondere für kleine Fraktionen wie z.B. der WAB eine enorme Arbeitsbelastung gewesen.

Bei der Rad-AG hält er die Auflösung jedoch nicht für sinnvoll. Diese unterscheidet sich in der Struktur von den anderen AGs. Dort habe man mit der Polizei, dem ADFC, früher auch dem BUND zusammengesessen und keine politische Arbeit gemacht. Es wurden lediglich Sonderfragen geklärt nachdem die Sachen im Ausschuss waren. Es wurden dort in einer Detailtiefe Pläne diskutiert, was in diesem Umfang in einem Ausschuss nicht möglich gewesen wäre. Es gab einen offenen Austausch und es konnten auch mal Fehler zugegeben werden, was in einem Ausschuss in der Öffentlichkeit undenkbar wäre. Es gab in den 15 Jahren stets eine sehr konstruktive Arbeit in der Rad-AG. Es täte ihm leid, wenn diese AG aufgelöst werden würde, denn seiner Meinung nach unterscheidet sie sich fundamental von den anderen.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion merkt an, dass er sich ausschließlich auf den Unterschied der beiden vorliegenden Anträge bezieht. Er erklärt, dass die AG S4 jedes Mal 2-3 Stunden, zum Teil im 14-Tage-Rhythmus getagt hat. Dies erfolgte mit einer derart großen Detailtiefe, welche man sich nicht im Rahmen eines Bau- und Planungsausschusses (BPA) hätte vorstellen können. Schließlich tagt der BPA ohnehin schon 14-tägig und auch i.d.R. bis 22.00 Uhr.

Er führt aus, dass es nicht realistisch ist die AG S4 aufzulösen und in den BPA zu integrieren, wenn man im PFA 3 eine ähnlich hohe Qualität erreichen

möchte wie man sie bisher abgegeben hat. Insbesondere der PFA 3 sei der Entscheidende und bis dahin sollte man diese AG S4 mittelfristig aufrechterhalten.

Zum Thema Nichtöffentlichkeit merkt er an, dass die Gemeindeordnung dazu klar ausführt, welche Punkte im nicht öffentlichen Teil behandelt werden dürfen und welche zwingend öffentlich zu beraten sind. Es läge nicht an der Selbstverwaltung zu entscheiden, welche Punkte man zukünftig öffentlich oder nicht öffentlich beraten will, sondern man ist an Recht und Gesetz gebunden. Als Beispiel führt er an, dass wenn man z.B. irgendwann darüber nachdenken würde rechtliche Schritte gegen die DB einzuleiten, dies allein keine Grundlage für eine nicht öffentliche Behandlung wäre.

Bezüglich des Antrages von Bürgermeister Boege (das Datum auf den 30.06.2024 zu verschieben) bittet Stadtverordneter Bellizzi beim Datum 31.05.2024 zu bleiben. Er findet, dass die Arbeit die für die AGs gemacht wurde nicht verloren geht und zukünftig in den Ausschüssen vorgestellt werden darf. Er bittet darum, den Änderungsantrag von Bürgermeister Boege abzulehnen.

Stadtverordneter Schmidt von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN erläutert, dass man dies etwas differenzierter betrachten müsse. Die AG S4 habe sich 14-tägig getroffen und intensiv beraten und ein Vorgehen vereinbart. Dies geschah aufgrund der Tatsache, dass man einen festen Termin für die Einwendungen hatte. Hierfür war der Zeitplan sehr straff und es handelt sich insgesamt um eine große Thematik.

Alles was jetzt kommt könne in der Öffentlichkeit diskutiert werden mit Ausnahme dessen, was man zum Wohle der Stadt Ahrensburg nicht öffentlich beraten sollte. Seiner Meinung nach kann die AG S4 ohne Probleme in die Arbeit der Ausschüsse integriert werden. Dies wäre positiv, weil ganz viele Bürger/innen an diesem Thema interessiert sind. Dies sollte berücksichtigt werden und öffentlich gehandhabt werden.

Die Vorsitzende des Kinder- und Jugendbeirates, Frau Jule Niehus, führt aus, dass sich der KiJuB grade darüber gefreut hat, endlich bei den Arbeits- und Lenkungsgruppen dabei sein zu dürfen. Nichts desto trotz können sie total verstehen, dass diese jetzt wieder in die Ausschüsse integriert werden sollen. So werde es demokratischer und die Bürger/innen haben die Möglichkeit dort mitzuwirken. Der KiJub befürwortet die Auflösung der Arbeits- und Lenkungsgruppen.

Es ergeben sich keine weiteren Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg lässt zunächst über den Änderungsantrag von Bürgermeister Boege hinsichtlich des Datums abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die nachfolgend zu beschließenden Arbeits- und Lenkungsgruppen werden zum 30.06.2024 in die Ausschüsse eingegliedert.

Abstimmungsergebnis:

6	dafür
23	dagegen

1 Enthaltung(en)

Bürgermeister Stukenberg lässt nachfolgend über die einzelnen Arbeits- und Lenkungsgruppen abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Klimarat wird zum 31.05.2024 aufgelöst und in den zuständigen Ausschuss integriert.

Abstimmungsergebnis:

22	dafür
8	dagegen
/	Enthaltung(en)

Beschlussvorschlag:

Die Lenkungsgruppe Wärmeplanung wird zum 31.05.2024 aufgelöst und in den zuständigen Ausschuss integriert.

Abstimmungsergebnis:

22	dafür
8	dagegen
/	Enthaltung(en)

Beschlussvorschlag:

Die Arbeitsgruppe Mobilität wird zum 31.05.2024 aufgelöst und in den zuständigen Ausschuss integriert.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
1	dagegen
/	Enthaltung(en)

Beschlussvorschlag:

Die Lenkungsgruppe Schulzentrum Heimgarten wird zum 31.05.2024 aufgelöst und in den zuständigen Ausschuss integriert.

Abstimmungsergebnis:

22	dafür
8	dagegen
/	Enthaltung(en)

Beschlussvorschlag:

Die AG Radverkehr wird zum 31.05.2024 aufgelöst und in den zuständigen Ausschuss integriert.

Abstimmungsergebnis:

19	dafür
9	dagegen
2	Enthaltung(en)

Beschlussvorschlag:

Die Arbeitsgruppe S4 wird zum 31.05.2024 aufgelöst und in den zuständigen Ausschuss integriert.

Abstimmungsergebnis:

9	dafür
21	dagegen
/	Enthaltung(en)

Beschlussvorschlag:

Die AG Lärmaktionsplanung wird zum 31.05.2024 aufgelöst und in den zuständigen Ausschuss integriert.

Abstimmungsergebnis:

22	dafür
7	dagegen
1	Enthaltung(en)

Beschlussvorschlag:

Die AG Städtepartnerschaft verbleibt als ständiges Gremium.

Abstimmungsergebnis:

30	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Bürgermeister Stukenberg fasst zusammen, dass lediglich die AG S4 und die AG Städtepartnerschaft erhalten bleiben und beendet die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 20:56 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführerin